

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

27. Februar 1926

Berlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 9-5 Uhr
Verleger: Bornhans-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-207

Der Narr von Rom als Deutschenfresser

Erst kreiste er Frankreich ein - jetzt tut er's mit Deutschland.

Paris, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der italienische Ministerpräsident Mussolini erteilte einem Sonderberichterstatter des 'Welt Parisien' ein Interview, das durch seine Sprache gegen Deutschland besonders auffällt. Ueber die erste Drohhrede gegen Deutschland befragt, erklärte Mussolini: 'Der Eindruck in Italien war nicht minder groß, als sonstwo. Man mußte die Drohungen des Pangermanismus brandmarken. Man muß die Menschen immer so sehen, wie sie wirklich sind, nicht, wie man sie gern haben möchte. Das gilt besonders für die Deutschen. Sie haben sich nicht geändert.'

Auch über das Reichsbanner glaubte sich Herr Mussolini auslassen zu müssen. Die machtvolle Demonstration in Hamburg gab ihm Anlaß zu folgendem Erguß: 'Das sind nun Republikaner, die Gegner des alten preußischen Militarismus und Pazifisten sein sollten. Sie machen Parademärsche mit Hunderten von Fahnen. Unter ihnen marschieren eine österreichische Delegation, die ganz besonders Gegenstand großer Ovationen ist. Diese Deutschen vergessen nicht. Sie geben ihre alten Träume nie auf. Das beweist am besten, wie sehr meine Intervention berechtigt und notwendig war. Meine Rede war eine Tat (!) eines verantwortungsbewussten Regierungsführers, der klar sieht, und sich nicht fürchtet, laut zu sprechen, damit man ihn auch hört.'

Ueber Südtirol ließ er sich folgendermaßen aus: 'Ich habe kürzlich eine Reise durch das Obereschtal gemacht. Dort war alles deutsch, Beamte, Lehrer, Klerus, Eisenbahn und Post. Man sprach nur Deutsch und sang Lieder, die in Rom die sofortige Verhaftung der Sänger nach sich gezogen hätte. Für eine Bevölkerung von 250 000 Einwohnern, Italienern einbezogen, gab es 24 000 Feuerwehreinheiten. In Wirklichkeit waren diese Feuerwehreinheiten alle bewaffnet. Ich habe da etwas Ordnung hineingebracht. Ich habe die Feuerwehreinheiten aufgelöst und ihre Gewehre eingezogen. Heute sind sie durch Zivilisten ersetzt, 4 oder 5 Mann pro Dorf und es brennt nicht mehr als früher. In der Grenzzone habe ich das Gesetz in Kraft gesetzt, nach dem ohne Regierungserlaubnis niemand auf 30 Kilometer Breite sich anliebeln darf. Wir betreiben jetzt die intensive Kolonisierung des Obereschtalgebietes mit italienischen Familien. Es gibt eben Drohungen, gegen die man sich schützen muß. Die pangermanische Drohung ist eine solche.'

Am Schluß erklärte Mussolini, daß er entschlossen ist, Polen bei seiner Kandidatur im Völkerbundsrat unterstützen zu lassen, 'wie ich das dem polnischen Botschafter noch am Sonnabend versprochen habe'. Polen solle gleichzeitig mit Deutschland eintreten und nicht nach ihm, ebenso wie es mit Deutschland im gleichen Range in Locarno war. 'Seien Sie überzeugt, daß wenn Deutschland allein in den Völkerbundsrat eintritt, es sich später den Eintritt Polens mit Konzeptionen, die die Alliierten ihm machen müssen, bezahlen läßt.'

Der Narr von Rom hat vor zwei Jahren mit Hilfe Deutschlands Frankreich einkreisen wollen. Jetzt will er mit Hilfe Frankreichs Deutschland einkreisen. Genau wie unsere nationalistischen Narren heute mit Frankreich gegen Rußland gehen, morgen mit Rußland gegen Frankreich losziehen wollen.

Sich selber hält er für einen 'verantwortungsbewussten Regierungsführer', aber im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erkennt sein scharfblickendes Casarenauge die nationalistische Gefahr.

Südtirol ist deutsch, das stellte der Narr selber fest. Was folgt daraus? Es muß italienisiert werden.

Polen muß einen Ratsfisch haben. Warum? Weil der Narr eine Wut auf Deutschland hat.

Dabei ist Italien Garant des Locarnovertrages, Inhaber eines ständigen Ratsfisches im Völkerbund. Sollten diese seine internationalen Rechte nicht vernünftigerweise so lange ruhen, bis es wieder einen Führer hat, der eine Untersuchung durch einen Nervenarzt nicht zu scheuen braucht?

Wie steht es um Mussolini?

Bestimmteste Enthüllungen englischer Blätter.

Der 'Reichsdienst der deutschen Presse' berichtet: Der 'Daily Express' will nach seinem römischen Korrespondenten wissen, daß Mussolinis geheimnisvolle Krankheit einen Grad erreicht hat, der Absehendes zu der Neugierde veranlaßt haben, daß die Tage des Diktators gezählt seien. Der betreffende Korrespondent fügt hinzu, daß er präzise Einzelheiten erfahren habe, die vollkommen zu diesen Mitteilungen stimmen. So soll einer der offiziellen Photographen aus dem Stabe Mussolinis, ein überzeugter und fanatischer Folksfisch, den englischen Journalisten mit Tränen in den Augen erklärt haben, daß der Zustand des Diktators sich jammervoll gemandelt habe. Mussolini magere sichtbar von Tag zu Tag ab, sei schwer deprimiert, und es greife einen ans Herz, zu bemerken, wie die Krankheit den Diktator bösartig und misstrauisch gemacht habe.

Die 'Daily News' wiederum wollen von einem der Intimen Mussolinis wissen, daß seine Krankheit ihn zwingt, eine derart strenge Diät einzuhalten, daß man sehr oft von ihm den Seufzer hören könne: 'Ich habe so schrecklichen Hunger.' So phantastisch diese Einzelheiten klingen, im Zusammenhang mit denen übrigens auch von einer mehrfach verhöhenen, nun aber unmittelbar bevorstehenden Operation gesprochen wird, so passen sie doch durchaus zu dem Eindruck, der der sensationelle Zwischenfall bei den letzten

Bermählungsfeierlichkeiten am italienischen Hofe hervorgerufen hat, mo Mussolini, von einem seiner geheimnisvollen Anfälle gepackt, bewußtlos aus dem Saal getragen werden mußte.

Reisengerüchte aus Italien - 'Erkrankung' Volpi's.

Paris, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der 'Corriere degli Italiani' berichtet aus Rom, daß die Einberufung des Senats zum 9. März lebhaft erörtert wird. Mussolini hat seine für dieses Datum angekündigte Tripolis-Reise verschoben. Die Zensur ist gegen die Zeitungen nicht eingeschritten, die das Gerücht verzeichnet haben, daß Mussolini eine Umbildung seiner Regierung plane. Man spricht insbesondere von dem baldigen Rücktritt des Finanzministers Grafen Volpi, zu dessen Ehrenfeierlichkeiten in Benedig bereits vorbereitet waren, die mit der amtlichen Begründung abgefragt wurden, daß Volpi 'erkrankt' sei. Allerdings wird festgestellt, daß die Feierlichkeiten abgefragt wurden, ehe man mit der Version der 'Erkrankung' Volpi's herauskam.

Von anderer Seite wird berichtet, daß die Krankheit des Finanzministers durchaus diplomatischer Art sei. In Wirklichkeit ist Mussolini auf die Popularität Volpi's eifersüchtig, die seit seinen Erfolgen in Washington und London sehr groß ist.

Battistis Sohn gegen das Bozen-Denkmal!

Rom, 27. Februar. (W.B.) 'Boce Republikana' veröffentlicht einen Brief des Sohnes von Cesare Battisti, der Republikaner ist, an einen republikanischen Abgeordneten. Luigi Battisti tritt in diesem Schreiben dafür ein, daß das geplante Denkmal für Cesare Battisti in Trient nicht in Bozen errichtet werde. 'Denn dieses Denkmal darf nicht dem einen Imperialismus gegen den anderen dienen.'

Die Brüsseler Wirtschaftskonferenz.

Besprechung der Handelsverträge.

Brüssel, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französisch-belgische Wirtschaftskonferenz der Sozialisten begann am Freitag im Brüsseler Volkshaus unter dem Vorsitz von Bracke, Frankreich. Anwesend waren aus Deutschland Hilferding, Breitscheid und Robert Schmidt; aus Frankreich Barthe, Cayrol, Bracke und Grumbach; für Belgien die Brouckere, van Rosbroeck, Pierard, Bouchery, Ferny und Martel. Ferner war der internationale Sekretär Genosse Fritz Adler anwesend. Beraten wurde zunächst die Frage der Handelsverträge.

Für ein wirtschaftliches Locarno.

Brüssel, 27. Februar. (W.B.) Im Laufe der Diskussion wurde gefordert, daß die Handelsverträge bei der wirtschaftlichen Abteilung des Völkerbundes eingetragen werden, ferner, daß die eventuell zwischen den Industrien der verschiedenen Länder abgeschlossenen Kartelle unter der Kontrolle der Regierungen stehen und beim Völkerbund eingetragen werden müßten.

Die Konferenz besprach noch die Fragen der Arbeitereinwanderung, des Dumping, des Washingtoner Abkommens, Transportfragen und die Möglichkeit einer Entente zu Dreien oder zu Vierem, die Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg umfassen soll, bis ein vollständigeres wirtschaftliches Locarno zustande gekommen sei.

Der Winzeraufstand an der Mosel.

Erzwungene Freilassung der Verhafteten. - Separatisten an der Arbeit?

Die vierzehn verhafteten Radeisführer des Bernkasteler Winzerkrawalls mußten vom Staatsanwalt unter dem Druck einer tausendköpfigen Demonstrationenmenge, wieder freigelassen werden.

Die 'Kölnische Zeitung' will erfahren haben, daß auch separatistische Elemente ihre Hand im Spiele haben.

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger sprach sich einem Vertreter der 'Kölnischen Volkszeitung' über die Ursachen des Winzeraufstandes aus, den er tief bedauerte, Jamie über die Mittel, um der Rot der Winzer beizusteuern. U. a. meinte er, daß nur eine gänzliche Aufhebung der Weinsteuern den Winzern wirklich helfen könnte.

Völkische Schieberei.

Zusammenstoße in Essen.

Essen, 27. Februar. (W.B.) Gestern Abend kam es in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bei Beginn der Aussprache zu einem schweren Zusammenstoß mit den im Saale anwesenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Als die zahlreiche demonstrierende Kommunisten von den Nationalsozialisten aus dem Saal gedrängt wurden, fiel im Treppenhaus plötzlich ein Schuß, was die Polizei zu energischem Einschreiten veranlaßte. Hierbei wurden den zumeist jugendlichen Personen zahlreiche Faustschläge, schwere Holzknüppel und Schlagringe abgenommen. Bei der entstehenden Schlägerei wurde das Innenlokal im Versammlungsort schwer beschädigt. Vier Personen wurden schwer und vier leicht verletzt.

Die Fürsten und der Reichstag.

Die erste Lesung im Rechtsausschuß.

Von Kurt Rosenfeld.

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat - nach 21 Sitzungen - die Beratungen der Auseinandersetzung zwischen Ländern und Fürsten in erster Lesung beendet. Man wird also jedenfalls nicht behaupten können, daß der Ausschuss es an dem nötigen Arbeitseifer habe fehlen lassen. Aber freilich, daß Resultat der langwierigen Beratungen ist recht mager, wenigstens wenn man es unter dem Gesichtspunkt der Volksinteressen prüft.

Ergebnisreich waren die Verhandlungen nur insofern, als sie das Maßlose der Fürstenforderungen und das Unvermögen der Gerichte, diese Ansprüche gebührend zu würdigen, so deutlich ergaben, daß bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein die Notwendigkeit reichsgerichtlichen Eingreifens anerkannt werden mußte, daß sogar die Deutschnationalen nicht mehr alle Fürstenforderungen zu verteidigen wagten. Freilich übte unerkennbar auch der drohende Volksentscheid, dem die bürgerlichen Parteien gern entgegen möchten, günstige Wirkungen aus.

Der von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion gestellte Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten fiel glatt zu Boden. Trotz manderlei Stimmen, die im Lager des Zentrums und der Demokraten für diesen Antrag laut geworden sind, haben die Vertreter dieser beiden Parteien - noch - die entschädigungslose Enteignung geschlossen abgelehnt. Sie hielten es nicht einmal für erforderlich, sich eingehend mit unserem Antrag auseinanderzusetzen.

Auch der demokratische Antrag auf Ermächtigung der einzelnen Länder, unter Ausschluß des Reichsweges im Wege der Befehlgebung die Frage der Auseinandersetzung zwischen Ländern und Fürsten zu regeln, fand nicht die Würdigung, die er verdiente. Vielleicht schadete dem Antrag bei den bürgerlichen Parteien sein Ursprung aus der sozialdemokratischen Fraktion, die einen ähnlichen Antrag bereits früher eingebracht hatte. Der demokratische Antrag wurde nicht einmal gründlich erörtert; er wurde gegenüber dem Kompromißantrag der bürgerlichen Mittelparteien - der Demokratischen Partei, des Zentrums, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei, so wie der Wirtschaftspartei - zurückgestellt.

Der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien ist völlig ungenügend. Er verfolgt das Ziel, ein nur aus Richtern bestehendes, vom Reichspräsidenten ernanntes Sondergericht für die Vermögensauseinandersetzungen zwischen Ländern und Fürsten zu schaffen, dies Gericht von der Beachtung formaljuristischer, mit der heutigen Auffassung vom Recht unvereinbarer Grundsätze zu befreien, ihm die Aufgabe zuzuwenden, in der Regel unter Anerkennung der bereits durch Gesetz, Urteil, Schiedspruch, Vertrag oder Vergleich getroffenen Entscheidungen eine 'billige' Lösung herbeizuführen. Bei der Bemessung der den Fürstenhäusern zuzusprechenden Vermögensstücke, Kapitalien oder Renten soll die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien berücksichtigt, aber doch den Fürsten eine 'würdige' (!) Lebenshaltung gewährleistet und die Republik vor mißbräuchlicher Benützung der an die Fürsten zur Auszahlung gelangenden Kapitalien und Renten geschützt werden.

Nach alter sozialdemokratischer Taktik, die sich noch immer bewährt hat, haben wir bei der Beratung dieses Gesetzes eifrig mitgearbeitet und - ohne Illusionen über die Aussichten unserer Bemühungen - eine Fülle von Verbesserungsorschlägen gemacht, ohne übrigens dabei auch nur einen Augenblick unsere Ueberzeugung zurückzustellen, nach welcher die allein befriedigende Lösung der ganzen Frage nur durch entschädigungslose Enteignung und nur im Wege des Volksentscheids durchgeführt werden kann. Bis zur Volksabstimmung versuchen wir einstweilen, das Gewicht unserer parlamentarischen Macht, die um so stärker ist, je höher die Wellen der Volksbewegung steigen, in die Bogenschale zu werfen, um schon im Reichstag den bürgerlichen Gesetzentwurf möglichst günstig zu gestalten.

Freilich sind unsere Bemühungen in der ersten Ausschusslesung ziemlich ergebnislos gewesen.

Wir sind bei der Frage der Zusammensetzung des Sondergerichts dem Monopol der Richter bei Ausübung der Rechtsprechung und der Auswahl der Richter durch den Reichspräsidenten entgegengetreten und wir haben die Wahl der Mitglieder des Gerichts durch den Reichstag gefordert. Vergebens.

Wir sind, falls wirklich ein Gericht entscheiden soll, für bindende Vorschriften an das Gericht eingetreten, um zu verhindern, daß dem heutigen Rechtsgefühl widersprechender Rechtserwerb anerkannt werde, für Vorschriften, die die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zur Folge haben. Nur für den Fall der Ablehnung dieser Forderung sind wir für die Verweigerung von Land und Kapitalien und höchstens für die Zahlung von Renten eingetreten, für die Bemessung der letzteren aber vor allem unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes und der Bevölkerung und der Möglichkeit des Ueberganges der früheren Fürsten zu einem bürgerlichen Beruf - zu ehrlicher Arbeit. Vergebens.

Wir sind für den obligatorischen Wegfall aller Rentenzahlungen eingetreten, falls die Renten nicht lediglich für die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse der früheren Fürsten oder zu

mohltätigen oder zu kulturellen Zwecken verwendet werden. Bergens.

Wir sind für die volle Rückwirkung des Gesetzes eingetreten, haben sie aber nur in beschränktem Umfang durchgesetzt.

Nur hier und da, insbesondere bei der Lüftung des Steuergeheimnisses und bei der Frage des Fortfalls der Renten für die schon seit 100 Jahren nicht mehr regierenden Fürstentümer sind auf unser Drängen unwesentliche Verbesserungen beschlossen worden. Die meisten Abstimmungen verliefen so, daß die bürgerlichen Mittelparteien die deutschnationalen Verschlechterungsbestrebungen mit unserer Hilfe und unsere Verbesserungsanträge mit Hilfe der Deutschnationalen zurückwiesen, so daß in der Hauptfrage der Kompromißantrag ziemlich unverändert aus der ersten Ausschlesung hervorgegangen ist.

Bei der ganzen Beratung standen wir in der Vertretung der Volksinteressen allein. Die Kommunisten, die bei der Feststellung der Entschlüsse der Fürstentümer in anerkennenswerter Weise sachliche Arbeit geleistet hatten, stellten sich plötzlich, als die Beratung des Kompromißantrages der bürgerlichen Parteien begann, in den Schmollwinkel und ließen die Dinge laufen, wie sie gehen wollten. Sie führten nicht einmal den Kampf gegen die Deutschnationalen, als diese sich bemühten, den Gesetzentwurf im Interesse der Fürsten noch zu verschlechtern. Die Deutschnationalen wollten kein Sondergericht, sie verlangten Ueberweisung der Entscheidung an das von den Kommunisten doch sonst so scharf bekämpfte Reichsgericht. Bei der Abstimmung stimmten die Kommunisten aber nicht gegen den deutschnationalen Antrag. Die Deutschnationalen wollten außerdem unter allen Umständen zweifelsfreies Privateigentum der Fürsten von der Einbeziehung in die von dem Sondergericht zu prüfende Vermögensmassen ausschließen. Das Privateigentum der Fürsten sollte getrennt werden. Die Kommunisten stimmten aber nicht einmal gegen diesen Antrag der Deutschnationalen. Die Deutschnationalen wollten ferner dem Gesetz die rückwirkende Kraft völlig nehmen. Noch nicht einmal gegen einen solchen Antrag stimmten die Kommunisten. Die Zentrale der KPD hat wahrlich keine mit den Volksinteressen auch nur vereinbare Taktik ihrer Reichstagsfraktion angeordnet.

Die zweite Lesung im Ausschusse muß einen ganz anderen Verlauf nehmen, wenn die sozialdemokratische Fraktion dem Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien günstiger gestimmt werden soll. Daß man diese Stimmung hervorzurufen versuchen wird, ist sicher, da von unserer Zustimmung die Annahme des Antrages, der von seinen eigenen Vätern als verfassungswidrig bezeichnet wird, abhängig ist. Die erste Lesung hat noch nicht erkennen lassen, inwieweit die bürgerlichen Parteien auf die Volksstimmung Rücksicht zu nehmen gedenken. Erst die zweite Lesung wird darüber Klarheit schaffen.

Die zweite Lesung des Ausschusses wird weit mehr als die erste unter dem Einfluß der durch den Volksentscheid entsprochenen Volksbewegung stehen, und die entscheidenden Veränderungen im Plenum des Reichstags werden in noch höherem Maße durch das Ergebnis des inzwischen erledigten Verfahrens des Volksbegehrens beeinflusst werden. Es kommt deshalb nicht nur für den Volksentscheid selbst, der seinen Weg geht, gleichgültig, wie die Dinge im Reichstag sich entwickeln, sondern auch für die Gestaltung des im Reichstag zu verabschiedenden Gesetzes alles darauf an, daß beim Volksbegehren nicht nur die für dieses unmittelbar erforderlichen vier Millionen, sondern noch viele Millionen mehr Stimmen abgegeben werden.

Ein Dementi. Zu unserer Anfrage über das Verhältnis des Fremdenordnungs-Schulz zum Reichsinnenministerium unter der Leitung des deutschnationalen Abg. Schiele wird jetzt amtlich mitgeteilt, daß Schulz nach dienstlicher Erklärung der in Frage kommenden Beamten des Reichsinnenministeriums des Innern ihnen persönlich nicht bekannt ist, sie auch niemals aufgesucht hat.

KPD-Führer von gestern.

Zum KPD-Spiegel.

Ruth Fischer, Scholem, Kaja, Maslow waren noch vor ein paar Monaten die anerkannten Führer der Kommunisten. Wer nicht in ihr Horn stieß, war ein „Klassenfeind des Proletariats“. Eines Tages aber wurden die vier elend davon gesagt, wie zuvor die Brandler, Thalheimer, Klara Zetkin usw. davongejagt worden waren, und da erzählt man in der erweiterten Sitzung des Moskauer „KPD“ aus Thalimanns Munde, was das Proletariat an diesen Führern gehabt hat. Wir zitieren Thalimanns Moskauer Rede wörtlich nach der „Roten Fahne“:

Scholem sprach von Bedenken, von Konsojagang, von Kneiff. So spricht kein Bolschewik, sondern ein Deutschnationaler vor dem siegreichen Feind. Scholem protestierte gegen den Postus des KPD-Briefes über korrupte Elemente. Nun, Kaja ist ein korruptes Element. (Zwischenruf Scholems: Nicht korrupt, nur verrückt!) — Thalimann antwortete ihm: So lange er dich unterkäufte, war er für dich nicht verrückt! Kaja ist ein Agent der Bourgeoisie und trotzdem unterschrieb Scholem den Brief der sieben Abgeordneten, der sich mit Kaja solidarisierte.

Ruth Fischer spielte hier eine Friedensschmelze, was eine Fortsetzung der alten Methoden der doppelten Buchführung war. Ihre Rede bezweckte, in der KPD einen Skandal hervorzurufen. Doppelte Buchführung gegenüber dem KPD, persönliche Diktatur, Verkennung der Rolle der Partei, antidemokratischer innerparteilicher Kurs, dies kennzeichnete das Ruth Fischer-Maslow-Regime. Ruth Fischer selbst verteidigte jetzt Maslow, obwohl Maslow neulich in einem Brief schrieb, daß die Taktik in der Frage der Fürstenabfindung gefährlich sei, daß von der Partei nur 40 bis 50 Prozent übrig bleiben würde, daß ein Nürnberg, d. h. die Liquidierung der Partei und die Vereinigung mit der SPD, bevorstehe. Ist Ruth Fischer damit solidarisch? Die Zentrale erklärt, daß sie kein Heidelberg, auch kein Nürnberg begehrt. Die Behauptung, daß Ruth Fischer den KPD-Brief durchzuführen wollte, ist der Gipfel der doppelten Buchführung. In Moskau unterschrieb sie den KPD-Brief, in der Berliner Bezirksleitung kämpfte sie nicht für den KPD-Brief, sie sabotierte die im Sinne des KPD-Briefes geführte Parteitaktik, sie betrieb verdeckt eine fraktionelle Arbeit, um der Zentrale in den Rücken zu fallen, nahm Stellung gegen die Ostverbindungen, um der Zentrale Schwierigkeiten zu machen.

Die Frage Maslow ist keine persönliche, sondern eine prinzipielle Frage. Maslows Verhalten vor Gericht war eines Revolutionärs unwürdig. Wir fordern von den Arbeitern, daß sie vor Gericht die revolutionären Grundsätze verteidigen, der Führer Maslow bejahen sich aber kläglich.

Also Deutschnationalen (Scholem!), Korrupte, Verrückte, Leute mit doppelter Buchführung, unwürdige und klägliche Gesellen haben bis vor kurzem die kommunistische Partei diktatorisch geführt! Ihnen sollte die Führung des ganzen deutschen Proletariats anvertraut werden! Und wie wurden alle beschimpft und bedroht, die sich dieser sauberen Führung nicht fügen wollten!

Heute ist Thalimann an der Spitze. Für wie lange? Wann wird es auch mit ihm vorbei sein? Wann werden wir aus Moskau erfahren, was der für einer gewesen ist!

Fraktion Mampe in Verwirrung.

Wie macht man Opposition?

Vor einigen Tagen wurde in der Presse gemeldet, daß der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herr D. Winkler, sich mit Rücktrittsgedanken trage, weil er von den Richtungsstreitigkeiten in der Partei angewidert sei. Dem widerspricht die „Deutsche Tageszeitung“ entschieden: Zwar sei es richtig, daß Herr Winkler zurücktreten werde, aber dies geschehe nur wegen seiner Ueberlastung mit kirchlichen Ämtern und einer Richtungsfrage in der Partei gäbe es nicht.

Zufällig erscheint zur selben Stunde der Hugenbergsche Tag mit einer Proklamation seines Mitarbeiters H. Stein gegen die zu Lahme Opposition der Deutschnationalen.

Herr Stein spricht von „Fossilien aus dem Dreibundstaat“, die gleich unsielen, wenn man „auf seiner Höhe die Weise von Vaterland und Einigkeit blase“ — diese Melodie imponiert also auch nicht mehr! — und er meint, daß besagte Fossilien reif dazu seien, von Hörsing zu „Ehrenmitgliedern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ ernannt zu werden.

Nach Herrn Steins Rezept müssen die Deutschnationalen alles unbedenken ablehnen, was von der gegenwärtigen Reichsregierung kommt. Ein Gesetz ablehnen, solange man in der Opposition sei, und es selber einbringen, wenn man in der Regierung sei, das sei unter dem parlamentarischen System die „richtige Politik“. Nach dieser Feste-druff-Methode geht es dann weiter:

Es gibt nichts, was zu tödlich wäre, um nicht von der Opposition gemacht zu werden; selbstverständlich im Rahmen der Gesetze (!), im Rahmen des parlamentarischen Systems.

Wenn heute die Opposition die allgemeine religiöse Losse schärfe oder das Wahlrecht für Sechzehnjährige oder sonst etwas Ungeheuerliches durchdrückte — und dadurch die Regierung stürzte, hätte sie recht.

Solche Ausführungen lassen die Annahme, daß innerhalb der Deutschnationalen Partei eine gewisse Konfusion herrsche, doch nicht als so ganz unbegründet erscheinen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meint. Und wenn Herr Winkler ein Draufpacker, einer solchen Partei vorzusitzen, so könnte man das wohl verstehen!

Wirth-Versammlung in München.

Massenandrang. — Dank an Ebert.

München, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einer Massenversammlung des Reichsbanners, die wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden mußte, sprach am Freitagabend im Saal des Löwenbräukellers der ehemalige Reichszentraler Dr. Wirth. Seine ersten Worte widmete er dem vor Jahresfrist verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, dessen Bild im Storbild und in einem Bild von schwarzrotgoldenen Fahnen an der Stirnwand des Saales angebracht war. In seinem Leben, so begann Dr. Wirth, sei er keinem größeren Mann begegnet, als dem Reichspräsidenten Ebert, und ihm, dem größten deutschen Republikaner, ständeten heute die Republikaner den größten Dank dadurch ab, daß sie der freien und sozialen deutschen Republik die Treue hielten und in entschlossenem Komplexwillen zu ihr stehen. Dann sprach Wirth von dem Ringen des deutschen Volkes um seine innere Einheit gegenüber den rein egoistischen Dynastien, den Ausbeutern und Schindern und erntete tosenden Beifall durch seine Erklärung, daß, wenn die Reaktion ihre Hand zum Busch erheben wollte, sie durch die Einheit des Reichsbanners abgelenkt würde. Die deutsche Republik könne durch die reaktionäre Gewalt zurzeit nicht umgestoßen werden, aber sie könne untermüht werden, wenn die deutschen Republikaner sich nicht selbst verstehen lernten. Nur die Republikaner selbst vermögen die deutsche Republik zu vernichten, und zwar durch innere Uneinigkeit und Einander-nicht-verstehen-wollen. Deshalb mühten in allen Versammlungen des Reichsbanners die politischen Köpfe gewacht werden, die zueinander kommen sollen und jede Gelegenheit benützen, um die früheren Gegensätze zu überbrücken. In diesem Problem liege auch der letzte Grund seines eigenen Konflikts mit der Zentrumspartei, denn er könne jene nicht leiden, die sich „auf den Boden der Talsachen“ stellen, schließlich sogar noch „auf den Boden der Verfassung“. Das seien alles nur Formeln, um die Republikaner zu beruhigen. Es gibt kein Kompromiß für den Sag: „Die Staatsgewalt geht vom deutschen Volke aus.“

Werkart für Föderalismus und Raiferium.

In einem anderen Saal der Stadt sprach Graf Westarp unter starkem polizeilichen Schutz, da man nationalsozialistische Sprengsolenen erwartete. Er schimpfte natürlich in allen Tonarten über Locarno, den Völkerverbund, die Republik und ihre zentralistische Verfassung, um schließlich seine Rede ausklingen zu lassen in den Worten: „Wir Deutschnationalen stehen vollständig auf dem Boden des Föderalismus und haben als Parole gewählt: Zurück zu Bismarck, Kaiser und Reich!“

Else Lasker-Schüler.

In einer Nachtvorstellung im Kleinen Theater (Paris) die Dichterin Else Lasker-Schüler, die erst kürzlich das fünfzigste Lebensjahr überschritten, ihre dankbare Gemeinde um sich. Eine Bestätigung der einstimmigen Worte Heinrich Fischers über diese starke Lyrikerin, die ganz in und mit ihren Gestaltungen steht und sich ihr Weltgebäude in einem erträumten Theben aufbaut, gab die Dichterin selber. Eine mit phantastischem Schauen erfüllte Traumwelt stieg auf, die jüdische Schwermut der Dichterin schwingt mit in ihren orientalischnunten Gestaltungen und Gleichnissen, doch auch ihre einfachsten Worte fügen sich zu einem inneren, nachhallenden Erlebnis. Else Lasker-Schüler ist die Dichterin des träumenden Judentums, Prophetin und mit Gott ringende Sucherin, die über eine ungläubliche Skala von Gefühlsstufen verläuft, vom dunklen Leid bis zum spöhnbüßlichen Humor. Und daß sie Dämon ist, ist noch ihr Glück, vielleicht würde sie, die aus so reichem Herzen gibt, noch weniger Ritzschwingende und Helfende gefunden haben. Doch es bleibt wunderbar genug, wie in der siebzigenen Nacht und dem Lärm unserer Zeit ihre seltsamen Verse aufblühen konnten. Dabei fühlt sie mit der Zeit, wandelt sie um. Gedichte wie „Westende“ oder Dichterbilder wie „Ernst Toller“ zeugen davon, in denen sie mit intuitiver Sicherheit das seelische Wesen eines Menschen dichtet. Aus der Vielheit ihrer Gestaltung trug die Dichterin wie eine orientalische Erzählerin „hebräische Balladen“, Liebesgedichte und Dichterbilder vor, und der Gesang ihrer Stimme wäre noch mehr zum Erleben geworden, wenn sie nicht überreich gegeben hätte. Aribert W. a. s. sprach mit guter Gestaltung die Elberfelder Ballade und zum Schluß las die Dichterin aus ihrer „Proja“, die beschwingte Dichtung ist. Pufft aus ihrem Schauspiel „Die Wupper“ umrahmte die Nachtvorstellung. Und das war wohl die einzige Theaterart, die mit ihrer schon gespielten dramatischen Schöpfung zusammenhing. Der jubelnde Beifall ihrer Gemeinde aber sollte ihr wenigstens einen kleinen Teil des Dankes, den sie als starke und eigenartige Dichterin verdient hätte. B. Sch.

Schicksalsunterricht durch die Bühne. Bei den Theatern scheint es Mode zu werden, für die Bildung der Zuschauer einiges zu tun. Das Kammertheaterhaus ist das dritte ernsthafteste Berliner Theater, das es sich zur Aufgabe macht, Schicksalsunterricht zu erteilen. Es hatte Hermann Bahrs alte Komödie „Josefine“ ausgetramt. Es handelt sich um Josefine Beauharnais, die erste Frau Napoleons. Wahr will in seiner Komödie zeigen, wie die großen Ereignisse der Weltgeschichte durch kleine Menschlichkeiten veranlaßt werden. Aus Bonaparte wird nur deshalb der große Napoleon, weil seine Frau, die kleine Josefine, ihre Liebe davon abhängig macht, ob er berühmt wird. Und wenn der Karrier keine Liebesbriefe ins Kriegslager bringt, dann bekommen es die armen Feinde zu spüren. Das ist der Witz in Hermann Bahrs Komödie. Man muß schon sagen, ein kümmerlicher Witz, seit wir Bernard

Shaws geschichtliche Vermenschlichungen bringen. Das Spiel wird auch nicht kurzweiliger, wenn wir die wenigen von Wahr zusammengefaßten menschlichen Schwächen Bonapartes immer wieder bis zur Ueberdrüssigkeit serviert bekommen. Die Schwächen der überlebten Komödie vermag man gern über der Darstellung unter Eugen Roberts Regie. Maria Orska spielte die Josefine als lapprige Dame vom Welt, der man den Einfluß auf Bonaparte ohne weiteres glaubte. Die Rolle des Zwanzigjährigen Bonaparte hatte man Hans Brausewetter übertragen, diesem samolen Darsteller frischer, urwüchsiger Knabenhaftigkeit. Trotz einer guten Napoleonsmaske konnte er den großen Feldherrn nicht ganz glaubhaft machen. Seine Wut und seine Größe waren leider häufig nur gespielt. Den Gewinn des Abends bildete Eugen Kämpfer als Korporal Moustache, ein dramatischer alter Soldat, ein vertiegender Wichtigtuer mit abgeschabter Grandezza. Auch Kurt Goeh als polierender Schauspieler Talma, der dem berühmten gewordenen Bonaparte gegenüber gönnerhafte Würde zur Schau trug, hatte an dem Achtungserfolg teil, der der Komödie schließlich beschieden war. Dag.

Strauß-Weche in der Staatsoper. Sie bürgert sich immer mehr in Berlin ein und zeigt Jahr für Jahr, daß wir gewillt sind, den größten lebenden Repräsentanten der deutschen Kunst auch in seiner früheren Heimat zu feiern. Das geschieht nur durch die Person des Meisters selbst, nicht durch großen äußeren Aufputz, durch Geste, durch Rusterinszenierungen. Man läßt Strauß sein Werk selbst dirigieren. Das aber heißt höchste Sauberkeit, klügster Bau, penesolose Haltung, innere Wärme bei äußerer Ruhe, ganz über dem Werk schwebende Sicherheit, ein seltsamer Kontakt mit der Bühne und eine Klangschönheit des Orchesters, wie wir sie lange nicht gemohnt waren. So wird „Salome“ ein Triumph für ihn und die K. O., die damit wieder die hochwertigste Künstlerin des Ensembles wird. Selbst die bläßfreundliche Unterhaltung des Intermezzos lebt ihre Reize an ein beifälliges Parteil aus. Was Strauß sich allerdings dabei denken mag, wenn er, Dichter, Komponist, Dirigent, sein häusliches Dasein aus der Froschperspektive beurteilt? Ist das nachträglich nicht ein wenig peinlich? Man sieht ab und zu ein Lächeln über die Richtigkeit des Daseins in Straußens Gesicht. Dennoch freut er sich über das Konterfei seiner Gattin, wie es Frau Hussa auf die Bühne stellt. R. S.

Das eigenartige Schneeglöckchen. Der milde Nachwinter hat in diesem Jahr auch die Schneeglöckchen längst hervorgeholt, aus deren Blütezeit der Frostbergglaube besanftlich die Dauer des Sommers voraussetzt, da es heißt, daß, wenn das Schneeglöckchen kurz blüht, auch der Sommer nur kurz währt. Dieser liebliche Frühlingsschöpfung ist übrigens wildwachsend gar nicht häufig anzutreffen, denn das Schneeglöckchen ist im Lauf der Zeit zur Gartenpflanze geworden, und wenn man es auch einmal in der freien Natur findet, handelt es sich fast immer um einen „Gartenflüchtling“. Wilde Schneeglöckchen gibt es heute eigentlich nur mehr in ganz wenigen Landstrichen Deutschlands, so in Schlesen und Westpreußen, in Teilen der Rheinprovinz wie auch stellenweise in der Mark; in den Gärten dagegen blühen sie ohne jede Pflege und überall in reichem Maße. Dennoch sind die Schneeglöckchen für den Gärtner ein schwieriges Problem, und zwar einzig und allein aus dem Grunde, weil sie sich nicht

treiben lassen. Nieber wie auch Walgnäcken und Weichen können durch die Hand des Gärtners zu einem Frühtrieb gebracht werden, der ihrer normalen Blütezeit um lange Wochen voraussetzt. Stellt man aber ein Schneeglöckchen ins warme Treibhaus und pflegt sie den Winter hindurch unter den allgünstigsten Bedingungen, unter denen alle anderen Blüten zum Frühtrieb gelangen würden, so blüht das Schneeglöckchen keinen Tag früher aus als seine Artgenossen, die draußen im Freien die Blüten noch unter dem Schnee bilden. Bis jetzt ist es tatsächlich noch keinem Gärtner gelungen, ein Schneeglöckchen zu einer früheren Blüte zu veranlassen, und man hat für diese Erscheinung auch noch keine Erklärung finden können.

Die Sitteneinheit der russischen Sowjetrepublik soll durch die Modade der westeuropäischen Tänze aufrechterhalten werden. Früher als alles andere kam der Schimmy und der Fogtrot in das Bolschewistenreich. In der ersten Zeit des „Rev“, der neuen Wirtschaftspolitik, fanden sie Eingang in die Lokale der Bebeiwelt und Proletariat. Dann kam der Rückschlag. Der Burelikergeist der in Russland herrschenden Schicht machte dem Vergnügen ein vorzeitiges Ende. Die politische Polizei sagte dem Tanz die Fehde an und auch die letzte Vergnügungsstätte in Moskau und Leningrad wurde von der westlichen Seuche befreit. Lediglich die Hotels der Ausländer und die elegantesten Villen der am Ruher befindlichen Gesellschaftsschicht gewähren dem modernen Tanz heute noch das Galtrecht. Im kommunistischen „Klub“ ist er streng verboten und an seiner Stelle wird lediglich als Surrogat der „improvisierte Rundtanz“ oder die „rhythmische Tanzübung“ geduldet.

Die jährliche Diamantenzeugung. Nach einer Schätzung des „Mining and Industrial Magazine“ nimmt die Welt jährlich Diamanten im Wert von 240 Millionen Mark auf. Der allergrößte Teil dieser Neuproduktion stammt aus Süd- und Südwestafrika, die etwa für 170 Millionen Mark jährlich erzeugen. Die Restlieferungen im Konga-Gebiet und die Diamantfelder von Angola liefern jährlich Edelsteine für 40 Millionen Mark, Britisch-Suana für 20 Millionen Mark. Diamanten im Werte von 10 Millionen Mark kommen aus Brasilien, aus Venezuela, von der Goldküste und aus Borneo.

- Schauspielungen. Mont. Zentral-Th.: „Epa Bonheur“. — Dienst. Th. a. Schillbaurdam: „Der Tausch“. — Mittw. Lustspiel: „Die reits Cico“. — Freit. Schiller-Th.: „Spial des Lebens“. — Romödie: „Villevia“.
- Kranz-Vorlese. Sonnt. (6). Vogelmarie Wallitten. — Mont. (5). „Rach Mountains“. (7). „Paradies Europas“. (9). „Schneeglöckchen“. — Dienst. (6 u. 7). „Paradies“. (9). „Schneeglöckchen“. Mittw. (5 u. 9). „Schneeglöckchen“. (7). „Prok. Vepmann: „Seelenleben der Frau“. — Donnerst. (5 u. 9). „Schneeglöckchen“. (7). „Paradies“. — Freit. (5 u. 9). „Der blaue Wolf“. (7). „Rach Mountains“. — Sonnab. (5 u. 9). „Der blaue Wolf“. (7). „Rach Mountains“.
- Sora Scholander Singt heute 8 Uhr im Reiteraal deutsche, schwedische und japanische Volkslieder zur Pause.
- Osar Frieß dirigiert am Sonntag, 8 Uhr, im Bühnenaal Beckhovens 7. Sinfonie und Robert Es-Dur-Sinfonie.
- Elisabeth Bergner wiederholt den Arthur Schnitzler-Abend am Sonntag, mittags 12 Uhr, im Gloriaaal.

Bergbau und Subventionen.

Ein offenes Problem.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ behauptet, es sei unrichtig, daß der Ruhrbergbau im Interesse der Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der englischen Kohle vom Reich Subventionen erbeiden habe, und sie wendet sich gegen eine solche Politik der „Geldgeschenke“ mit volkswirtschaftlichen Argumenten. Man braucht nur an die Zeit der 700-Millionen-Subvention zu erinnern, um zu bemerken, daß der Bergbau nicht immer so stolz war.

Trotz des Dementis der „Deutschen Bergwerkszeitung“ bestehen offenbar Pläne, gegen die englische Politik der Kohlen-Subventionierung eine Gegenaktion einzuleiten. Das stärkste Argument für diese Subventionierung bildet die Ermägung, daß es in absehbarer Zeit doch zu einer internationalen Umwälzung über den Kohlenhandel kommen werde, bei der England seinen künstlich gesteigerten Export als Verteilungsschlüssel vorschlagen werde. Darum, sagen die Befürworter der Subventionspolitik, sei es notwendig, zur Steigerung des Exports dieselben oder doch ähnliche Mittel anzuwenden, wie das von England geschieht.

Eine ausführliche Aufklärung über das Kohlenproblem Englands danken die Leser des „Vorwärts“ dem Genossen Arthur Henderson, dessen Aufsatz über diese Frage am letzten Donnerstag morgen hier veröffentlicht wurde. Es ist daraus zu ersehen, daß auch die englischen Bergherren gern auf die „Geldgeschenke des Staats“ verzichten würden, wenn es ihnen nur erlaubt wäre, sich durch Lohnruhr und lange Arbeitszeit an den Arbeitern zu entschädigen. Der selbe Gedankengang schwebt offenbar auch ihren deutschen Kollegen vor, die ihre Belegschaften in den letzten drei Jahren von 360 000 Mann auf 390 000 Mann abgebaut haben. Ihnen kommt es nun darauf an, die auf diese Weise entstandene, für sie günstige Lage des Arbeitsmarktes in rückwärtsloser Weise auszunützen.

Wie man sieht, handelt es sich um internationale Erscheinungen. Ohne Kapitalkuren ist das Problem nicht zu lösen. Wir möchten einstweilen, ohne in Einzelheiten vorzugreifen, grundsätzlich bemerken, daß auch wir gegen „Geldgeschenke“ an die Unternehmer sind. Wo ein Eingreifen des Reiches notwendig ist, da muß nicht nur mit Geld, sondern auch mit Taten eingegriffen werden, und das Reich muß mindestens in demselben Maße ein Mitbestimmungsrecht erhalten, indem es sich geldlich zugunsten eines bestimmten Wirtschaftszweiges engagiert. Nur, weil die Bergherren solche Konsequenzen fürchten, sind sie gegenüber „Geldgeschenken“ auf einmal so stolz.

Unteroffizier Wiese.

Ein Beitrag zur deutschen Justizgeschichte.

Bei der Behandlung des Justizgesetzes vor dem Reichstag hat in der Sitzung vom 16. Februar der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Dr. Paul Levi, über den Fall Wiese folgendes ausgeführt:

„Der Unteroffizier Wiese war im Jahre 1916 gefangen genommen worden. In einem italienischen Gefangenenlager steckte er einem von den Italienern verurteilten Kameraden drei Zigaretten zu. Er wurde deswegen von den deutschen Offizieren bei dem italienischen Lagerkommandanten denunziert. (Hört! hört!) Deswegen wurde er bestraft und in seinem Lager sagte er, die deutschen Offiziere wollten einen Fluchtversuch unternehmen. Deswegen wurde ihm im Jahre 1925 vom Kammergericht Berlin eine Strafe von 12 Jahren Zuchthaus zuerkannt. Und der Mann sitzt! (Stürmische Zurufe links: Ungehört!)“

Dazu erhalten wir von einem der beteiligten Offiziere, Herrn Cuno Albrecht aus Kassel, eine Zuschrift. Herr Albrecht setzt darin auseinander, daß die deutschen Offiziere im italienischen Gefangenenlager den Unteroffizier Wiese nicht angezeigt hätten. Richtig sei vielmehr, daß Wiese einem im Arrest befindlichen deutschen Soldaten Zigaretten zustellte und daß die beobachtende italienische Wache von sich aus den Vorgang zur Anzeige brachte. Nach der Darstellung des Herrn Albrecht haben sich sämtliche deutsche Offiziere im Lager persönlich dafür eingesetzt, daß Wiese nicht bestraft würde. Es sei ihm gelungen, eine Herabsetzung der Strafe auf drei Tage zu erzielen. Herr Albrecht fährt dann fort:

„Demgegenüber waren wir durch das Urteil des Berliner Gerichts, das 6 Jahre nach Beendigung des Krieges eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren über Wiese verhängte, auf das tiefste betroffen und erschüttert. Ich wandte mich sofort nach der Verhängung des fürchterlichen Urteils, das völlig ohne meinen Einfluß erfolgte, an den Vorsitzenden des Strafgerichts und bat ihn dringend, ein Obdankgesuch von den beteiligten Offizieren entgegenzunehmen. Der Befehlshaber verwies uns an den Offizialverteidiger, dem wir uns sofort zu diesem Zwecke zur Verfügung stellten. Mein Rechtsbeistand wehrt sich dagegen, daß die Tat Wieses, wie man sie auch beurteilen möge, sechs Jahre nach Beendigung des Krieges mit einer derart unfassbar hohen Strafe geahndet wird.“

Das Urteil gegen den Unteroffizier Wiese empört also auch die Kreise, die der Sozialdemokratie zweifellos fernstehen. Es ist leider kein vereinzelter Fall und nach den Erfahrungen, die man in letzter Zeit mit der Handhabung der Gnadenprozesse hat machen müssen, wir erinnern nur an den Fall Gärtner, muß man leider immer noch daran zweifeln, ob die Erbitterung des Volkes über diese grausame und barbarische Justiz auf die „zuständigen“ Stellen den Eindruck machen wird, daß sie wenigstens auf dem Gnadenwege die Schmach beseitigen, die dem Ansehen Deutschlands durch solche Urteile zugefügt wird.

Kampf um die Hauszinssteuer.

Der Landtag beschlußunfähig.

Im Preussischen Landtag beantragten heute zu Beginn der Sitzung die Deutschnationalen die Ablegung der zweiten Beratung der neuen Hauszinssteuer von der Tagesordnung und Zurückverweisung an den Hauptausschuß zur nochmaligen Überberatung. Bei der Abstimmung über den deutschnationalen Antrag kam es zum Hammelsturz, bei dem sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausstellte. Der Präsident berief nun sofort eine neue Sitzung ein. Nach Annahme des Gesetzentwurfes zu dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Oesterreich über die gegenseitige Durchführung der Schulpflicht ihrer in dem anderen Staat wohnenden Staats- und Bundesangehörigen und nach Überweisung der Gewerbesteuer-Novelle an den Hauptausschuß, kam es bei dem zweiten Versuch, die Beratung der Hauszinssteuer vorzunehmen, abermals zur Feststellung der Beschlußunfähigkeit des Hauses. Der Antrag der Regierungsparteien zur Schaffung einer durch die Hinausschiebung des Termins für das Inkrafttreten der Gesetzesentwürfe notwendig gewordenen Zwischenlösung der Hauszinssteuer (Erhöhung von 28 auf 36 Proz.) wird dem Hauptausschuß überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums.

Blick ins Kontor.

Scherzhafte Dinge haben manchmal ihre ursächliche Bedeutung. In ihrem Tempo liegt es oft, von sehr wohlbehüteten Dingen den Schleier für Sekunden wegzuziehen, die sonst durch Eisenverschüsse und Geldstrafen gegen gewalttätige Eingriffe Unbefugter vollendet gesichert sind. Durch eine Strafe im Südosten Berlins zieht phantastisch kostümiert, unter der freudigen Zustimmung der zahlreichen Jugend, ein Stelzengänger, mit Gerüst an 4 Meter hoch. Der Mann, als wandelndes Reklameplakat von tüchtigen Interferenzen für Stunden gemietet, verteilt Zettel für irgendein Abzahlungsgeschäft: „Kommen Sie zu mir“, sagt der Werbeprospekt, „bei mir werden Sie bestimmt nicht überfordert.“ Das sagen sie übrigens alle. Der Stelzengänger erlaubt sich in der Einödigkeit seiner dienstlichen Aufgabe, Reklamezettel in die erkaunte Mitteln zu werfen, die unter seinen Stelzen krencht, einige Einlagen, die gewissermaßen einen weiteren Anreiz für die Abzahlungsdarstellungen. Er klopft von Zeit zu Zeit an die Fenster der Wohnungen, schneidet Grimassen und verlegt durch allerhand Mittelchen das Publikum in gelinden Aufruhr. Da hält er vor der Fassade eines Bankgeschäfts an. Die großen Scheiben wahren distret das Innere des Betriebes gegen die Blicke Neugieriger durch Mattglas, das über Mannshöhe die Scheibe in zwei Hälften teilt. Der Stelzenträger jedoch sieht von oben mitten in die Maschinenriele hinein, klopft von 4 Meter Höhe an die Scheibe, mehr oder weniger furchterweckend. Es waren einige anglische Sekunden. Auch der phantastisch kostümierte Mann hielt den Atem an. Demen drinnen blieb wohl für Augenblicke der Pulsschlag stocken. Es war ja nur alles bildlich, gewiß. Aber auch Symbole können unangenehm werden. Ein Blick ins Kontor. . .

Die Aufgabe der Schupo.

Begrüßung der neuen Schupolizisten durch Severing.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, begrüßte heute mittag die als Erlaß für die ins Rheinland abgegangenen Schupolizisten in Berlin eingetroffenen Beamten aus Ostpreußen. Die Hundertschaften hatten mit ihren Offizieren in der Wagenhalle der ehemaligen Franzosenkaserne in der Blücherstraße Aufstellung genommen. In Begleitung des Ministers befand sich der Polizeipräsident Genosse Orzeszinski und Vizepräsident Dr. Friedensburg.

In seiner Ansprache entbot der Minister den Beamten ein herzlich willkommen für ihren neuen Dienst in Berlin. Die beschwerliche Reise, die die Beamten hinter sich haben, gibt, so führte er weiter aus, auch Veranlassung über die veränderten politischen Verhältnisse in unserem Vaterlande nachzudenken. Statt der bequemen Eisenbahn mußte der umständliche Seeweg gewählt werden. Doch jetzt dürften die Strapazen überwunden sein, so daß Sie mit frischen Kräften an Ihre Berliner Aufgaben herangehen können. Der Dienst eines Schupolizisten ist in Ostpreußen anders als in Berlin. An erster Stelle steht natürlich für die Polizei die Verpflichtung, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und den Schutz des Staatsbürgers zu gewährleisten. Der Berliner Polizeidienst ist mannigfacher als in den kleinen Städten Ostpreußens. Allein schon der Berliner Verkehr, der immer mehr anschwillt, bedarf einer besonderen Regelung, wozu wieder eine besondere Ausbildung nötig ist. Tatkraft und gepaarte Aufmerksamkeit sind die ersten Vorbedingungen für den Berliner Polizisten. Berlin ist aber auch der Brennpunkt des politischen Lebens. Neben der Reichswehr ist die Schupo das einzige Machtmittel des heutigen Staates. Demzufolge haben die politischen Parteien das Bestreben, die staatlichen Machtmittel in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das geschieht nicht immer nur mit sachlichen Mitteln; die verleumderische Hege und politische Unaufrichtigkeit wird von rechts wie von links angewandt. Daraus hat sich der Schupomann freizuhalten, wenngleich ihm natürlich als Staatsbürger das Recht freier politischer Überzeugung zugestanden wird. Für den Dienst der Schupolizisten gibt es nur eine Richtschnur, und das ist die preussische und die Reichsverfassung. Wer von den Mannschaften sie versteht, ist des Dienstes unwürdig und wird rüchlos entlassen. Ausgeübtester Schupo aber wird dem verfassungstreuen Beamten zuteil werden. Die Schupolizisten sind nicht Organe einer politischen Partei, sondern des Staates. Heute muß die Schupo mehr als früher zum Schutz der Bürger vor politischen Ausschüßen der Parteien herangezogen werden. Die aktive Tätigkeit der Parteien findet ihre Begründung in der Unklarheit der Verhältnisse. Die Polizei muß deshalb im Gegensatz zu früher in geschlossenen Formationen bereitgehalten werden. Ich hoffe, betonte der Minister, daß dieser Dienst nicht zu oft an sie herantritt wird. Disziplin und Dienstwilligkeit gepaart mit Unerbrotlichkeit ist die Voraussetzung für den schweren Dienst des Schupomannes. Dazu muß zwischen Offizieren und Mannschaften ein gutes kameradschaftliches Verhältnis herrschen. Nur so ist es möglich, daß der Mann seinen Vorgesetzten Liebe, Achtung und Gehorsam entgegenbringt. Mit der Aufforderung, treu zum Eid auf die Verfassung und zu dieser selbst zu stehen, schloß Genosse Severing seine Ansprache.

Der Polizeipräsident Genosse Orzeszinski dankte dem Minister für seine Begrüßungsworte und brachte ein Hoch auf die Republik, auf das Vaterland und das deutsche Volk aus.

Sozialdemokratische Juristen und Fürstenerforderungen.

In der „Vereinigung sozialdemokratischer Juristen“ berichtete am Freitagabend im Viktorhaus, Lauenburgerstraße, Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Kurt Rosenfeld über die Verhandlungen des Rechtsausschusses des Reichstags in Sachen der maßlosen Fürstenerforderungen an die deutschen Länder. Genosse Rosenfeld behandelte die verschiedenen fürstlich-preussischen Äffären (Gut Dels, Fstow-Krojanke usw.), deren widerrechtlicher Erwerb durch die Hohenzollern einwandfrei die legalisierte Gewalttat des fürstlichen Raubritterturns erweist. Es handelt sich um offenes Eigentum des Staates, das durch Kabinettsorder und durch die protekten Entscheidungen des sogenannten „Geheimen Justizrates“ der fürstlichen Hausmacht einverleibt wurde. Der Redner ging dann auf die einzelnen Abfindungsanträge der bürgerlichen Gruppen ein, behandelte den ursprünglichen sozialdemokratischen, jetzt demokratischen Antrag, den die Mitte befanntlich fallen ließ, sowie den Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien, dessen Details Rosenfeld im einzelnen kritisierte. Die Taktik der Kommunisten, die Mitarbeit an bürgerlichen Kompromißvorschlüssen überhaupt abzulehnen, bezeichnete Rosenfeld als durchaus unrichtig und schädlich. Am Schluß seiner Darlegungen forderte Genosse Rosenfeld die anwesenden Juristen auf, auch ihrerseits alle Kräfte für das Bekämpfen des Volksbegehrens einzusetzen. In der ausgehenden Diskussion, die sich an Rosenfelds Vortrag angeschlossen, wurde auch die von rechtsparteilichen Juristen aufgeworfene Frage, ob die Fürstenerforderungen eine verfassungsändernde Akt darstellt, ausführlich behandelt. Es wurde der Standpunkt vertreten, daß das Gesetz gemäß der Entscheidung des Reichsgerichts zum Aufwertungsgesetz in keiner Beziehung eine Verfassungsänderung darstellt.

In einer sehr gut besetzten Versammlung in Berlin-Buckow sprach am Freitagabend Genosse Adolf Hoffmann über „Volksentscheid und Fürstenerforderung“. Die Versammlung mußte in der Turnhalle stattfinden, da unjeren Genossen in Buckow die Säle seit Jahren von den Lokalbesitzern verweigert werden. Genosse Hoffmann zeichnete ein anschauliches Bild von der Wachen der fürstlichen Macht. Er zeigte, auf welche Art sie ihre Reichtümer „erwarben“ hatten. Er kennzeichnete den Charakter Wilhelms II. mit dem Todesurteil, das am Morgen des 9. November 1918 „im Namen des Königs“ an dem Matrosen Scheyka vollstreckt wurde, weil er über die holländische

Grenze desertieren wollte, ist auch Wilhelm II. das Urteil gesprochen worden. Der Referent forderte auf, sich regen an der Einzeichnung in die Listen zum Volksbegehren zu beteiligen. Die Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Landgerichtsdirektor Jürgens verhaftet.

Der fingierte Einbruch.

In der sensationellen Betrugssaffäre, in die der Berliner Landgerichtsdirektor Jürgens, der frühere Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes in Stargard, verwickelt worden ist und über die wir heute morgen berichteten, haben die von der Berliner und Stettiner Kriminalpolizei eingeleiteten Ermittlungen so schwer belastendes Material gegen das Ehepaar Jürgens zutage gefördert, daß noch im Laufe des gestrigen Abends von der Oberstaatsanwaltschaft in Stargard telegraphisch ein Haftbefehl gegen beide erlassen wurde. Landgerichtsdirektor Jürgens war aber, als diese Anordnung ausgeführt werden sollte, gerade auf der Reise nach Kassel. So konnte gestern in den späten Abendstunden nur seine Ehefrau Marie Jürgens in ihrer Wohnung in der Stülpenstraße verhaftet und dem Berliner Polizeipräsidium zugeführt werden.

Drohmelungen aus Stargard zufolge scheint man dort als die Hauptschuldige an der ganzen Affäre die Ehefrau, die übrigens die Tochter eines hohen Postbeamten ist, zu betrachten. Frau Jürgens soll ein außerordentlich sozialielles Leben geführt und Ausgaben gemacht haben, die in seinem Zusammenhang mit dem Gehalt ihres Gatten standen. Sie hat noch heute, obgleich sie seit dem 1. Januar in Berlin wohnt, große Schulden in einer ganzen Reihe von Stargarder Geschäften. Die Gerüchte, daß es mit den Aufträgen des Ehepaars Jürgens seine eigene Bewandnis haben müsse, gingen in jener Gegend schon seit geraumer Zeit, ohne daß sich bestimmte Anhaltspunkte für irgendwelche Verleumdungen ergeben hätten. Erst der im letzten Winter in der Stargarder Wohnung des Ehepaars verübte Einbruch gab zu Nachforschungen Anlaß, die nun zu diesem sensationellen Ergebnis geführt haben. Die Stettiner Kriminalbeamten, die seit einbeise zwei Monaten in dieser Angelegenheit in Stargard arbeiten, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Einbruch fingiert war und daß man ihm mit Absicht einen politischen Anstrich gegeben hat. Bestimmte Einzelheiten der Tat waren es, die bei den Kriminalbeamten Verdacht erregten. Um einen „politischen Racheakt“ zu konstruieren, waren Dienstkarten des Landgerichtsdirektors verbrannt und zahlreiche Briefe zerstört worden. Dem Papagei hatte man den Hals abgedreht. Unter den gestohlenen Wertgegenständen sollte sich nach den Angaben des Ehepaars eine Perlenkette im Werte von 10 000 Mark befinden haben. Ingeheim belief sich die Forderung des Landgerichtsdirektors an die beteiligten Versicherungen, und zwar an die Dommerche Feuerkassette und die „Abingda“ auf rund 12 000 Mark. Die Versicherungen zahlten aber, da eine freiwillige Unterversicherung vorlag, nur etwas über 5000 Mark. Wie weiter aus Stargard berichtet wird, soll dieser „politische Einbruch“ schon vor längerer Zeit durch Drohbriefe an die Familie Jürgens vorbereitet worden sein. Diese Drohbriefe sollen angeblich ebenfalls fingiert sein, und zwar wiederum in erster Linie auf Betreiben der Ehefrau. Frau Jürgens soll einem Handwerksburschen, der im Winter bei ihr wohnt, eine Untersuchung vor sprach, 100 Mark für die Abfassung solcher Drohbrieve versprochen haben. Später soll dann der Schreiber dieser Briefe weitere 100 Mark von ihr erprecht haben. Nach diesem Handwerksburschen wird zurzeit gefahndet. Der angebliche Einbruch in der Koberger Sommerwohnung des Ehepaars am 6. August v. J. 1904 hauptsächlich eine bekannte Berliner Reiseversicherer in Wittenberg. Immerhin zahlte diese auch nicht die ganze geforderte Summe von mehr als 10 000 Mark, da als gefohlen in der Hauptliche nur Schmuckstücke angegeben waren, während in die Gesamtversicherungssumme bei Abschluß des Vertrages die Schmuckstücke nur mit 25 Proz. Aufnahme gefunden hatten. Wie wir weiter erfahren, ist inzwischen die Verhaftung des Landgerichtsdirektors Jürgens am heutigen Sonnabend früh in Kassel bereits erfolgt. Er wurde unverzüglich zur Bahn gebracht und mit dem nächsten Zuge nach Berlin abtransportiert, wo er im Laufe des heutigen Nachmittags eintreffen wird.

Explosionsunglück auf offener Straße.

Zwei Personen lebensgefährlich verletzt.

Ein schweres Explosionsunglück, das durch seine Eigenart ver einzelt dasteht, ereignete sich heute vormitag gegen 11 Uhr in der Sophienstraße, bei dem zwei Personen schwere Verletzungen davontrugen. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten: Vor dem Hause Sophienstraße 31 hielt ein größerer Plattenwagen, der mit Sauerstoffballons beladen war. Der Kutscher und Mitfahrer waren gerade mit dem Abladen der Ballons beschäftigt, als unter einer furchtbaren Detonation ein Ballon explodierte. Die Wirkung war lurchtbar. Der Kutscher, wie auch der Mitfahrer wurden schwer verletzt und mußten durch einen Wagen des städtischen Rettungsamtes nach dem Hedwigstranfrankenhaus transportiert werden. Durch den starken Knall und die Luftdruckentwicklung gingen toll alle Scheiben der anliegenden Häuser in Trümmer. Der Bewohner der Straße bemächtigte sich eine begriffliche Erregung, da man zuerst eine Gasexplosion annahm. In der sehr belebten Gegend hatte sich bald eine große Menschenmenge angesamelt, die die Unfallstelle umlagerte. Die Ursache des Unglücks — wie es überhaupt möglich war, daß der Sauerstoffballon explodieren konnte — wird die Untersuchung ergeben. Die beiden Schwerverletzten wurden sofort einer Operation unterzogen. Der Kutscher und Fuhrwerksbesitzer A. Kaiser ist jedoch bald darauf gestorben. Es ist zweifelhaft, ob der Mitfahrer Lau aus der Adolfsstraße 36 mit dem Leben davonkommen wird.

Einbrecher bei den Wetterpropheten.

Auf ungewöhnliche Beute hatten es Einbrecher abgesehen, die die öffentliche Wetterdienststelle des meteorologischen Instituts am Schinkelplatz heimlichsuchten. Nach dem Ergebnis der Feststellungen drangen sie wahrscheinlich mit Nachschlüssel ein und stahlen aus den Räumen im 2. Stock einen Radio-Empfangsapparat und mehrere Einzelteile, die zu diesem und zu anderen Apparaten verwendet werden können. Der gestohlene Hauptempfänger ist ein von der Dienststelle selbst nebaute sehr empfindlicher Apparat mit einem Empfangsbereich von Wellen 200 bis 20 000. Er befand sich in einem hellen Eichenkasten von 50 x 35 x 30 Zentimeter mit einer schrägen Hartgummiplatte. Er hat einen Wert von etwa 5000 M. Die Einzelteile sind zwei Niederfrequenzverstärker, ein Hochfrequenzverstärker, eine Doppelgitterröhre und 12 „Valvolampen“. Für die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Mitteilungen über ihr Aufsuchen erbittet Kriminalkommissar Dr. Bernsdorf im Zimmer 33 des Polizeipräsidiums.

Ebert-Gedächtnisfeier. Zu der am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf der Trepptor Spielwiese stattfindenden Ebert-Gedächtnisfeier hat die fanfäre Hilfeleistung der Arbeiter-Samariterbund übernommen.

Folgende sozialistischen Gedächtnisreden in städtischen Feiern am Volkstrauertag, Sonntag, den 28. Februar: Vorträge von Genosse Dalkes in der Heilig-Kreuz-Kirche am Währerdamm, 6 Uhr: „Krieg und Volkstrauer“. — Vorträge in Charlottenburg in der Trinitatiskirche am Karl-August-Platz, vorm. 10 Uhr: „Die Liebe Gottes und die Not der Kriegskämpfer“. — Vorträge in der St. Elisabeth-Kirche in der Philip-Melancholn-Kirche, Kreuzstraße, vorm. 10 Uhr: „Dem Wahn des Krieges und dem Sieg des Glaubens“.

Gewerkschaftsbewegung

Interessenbeteiligung als Streikergebnis. Im amerikanischen Hartkohlbergbau.

Vom Steiger Werner wird uns geschrieben:
Die Bedingungen, unter denen die Verständigung im amerikanischen Anthrazitkohlenbergbau erfolgte, sowie die Vorgeschichte der letzten Verhandlungen sind für die sich jetzt in vielen Ländern zeigenden Tendenzen, den Bergbau in eine andere Betriebsform zu überführen, von der größten Bedeutung. Der Streik war entstanden, weil die Arbeiter eine 10prozentige Erhöhung ihrer durch einen Tarifvertrag, das sogenannte Jackson-Abkommen, abgeschlossen im September 1923, vereinbarten Löhne verlangten. Ferner forderten sie, daß die Gewerkschaftsbeiträge von den Werten eingezogen werden sollten. Sie sind nämlich in diesem Bezirk zu 100 Proz. organisiert.
Beide Parteien haben sich vom ersten Tage an auf ein Ringen von langer Dauer eingestellt. So wurde auch keine Streikunterstützung gezahlt, abgesehen von Fällen dringender Not. Die Arbeiter sowie ihre Familienangehörigen haben sich sofort nach Beendigung des Streiks umgesehen, wozu vor allem der Wegbau Gelegenheit bot. Außerdem waren Spargrößen vorhanden, die in Anspruch genommen wurden. So ging der Streik monatelang und keine Seite machte Miene, nachzugeben.
Im Januar und Februar haben sich die beiden Häuser des Kongresses mit dem Streik befaßt. So wurde im Senat von dem Senator Coopland von New York in einer Resolution verlangt, den Präsidenten zu ermächtigen, bis zum 1. Juni 1928 die Gruben auf Rechnung des Staates zu betreiben. Er sollte das Recht haben, die Löhne und Preise nach eigenem Ermessen festzusetzen, ferner sollte die Kohlenverteilung durch die Interstate Commercial Commission vorgenommen werden. Bei der Aussprache hierüber wurde von dem Vorsitzenden der amerikanischen Kohlenkommission, dem Senator Ddie von Kanada ausgeführt, die Kommission habe vorgeschlagen, die Kohlenverteilung durch das Department of Commerce vorzunehmen. Dieser Vorschlag wurde vom Staatssekretär Hoover geprüft. Ebenso habe er bereits mit dem Präsidenten wegen dieses Vorschlags verhandelt. Auch im Repräsentantenhaus hat man sich mit der Angelegenheit befaßt. Hier ist von dem Vertreter der Stadt New York, dem Demokraten Boplan ein Gegenentwurf eingebracht worden, der ebenfalls die Betriebsführung der Gruben durch den Präsidenten bis zu einer Verständigung der beiden Parteien fordert. Der einzige Sozialist im Repräsentantenhaus, Berger-Wisconsin, forderte die Beschäftigung und die Inbetriebnahme der Gruben durch den Staat.
Der Präsident hielt dagegen ein Eingreifen der Bundesregierung für gesetzlich nicht zulässig. Seiner Meinung nach ist die Bundesregierung nur für die Verteilung der Kohle, nicht aber für die Gewinnung zuständig. Für die gesetzliche Regelung der Gewinnung seien die Einzelstaaten zuständig. Der Präsident hält es außerdem nicht für zweckmäßig, wenn sich die Regierung in einen Arbeitsstreit einmischt.
Trotz dieser Anschauung des Präsidenten hat der Senat am 7. Februar mit 51 gegen 21 Stimmen eine Resolution angenommen, die vom Präsidenten verlangt, Vertreter der beiden beteiligten Parteien einzuladen und ihnen dringend die nationale Wichtigkeit der sofortigen Verständigung ans Herz zu legen. Diese Besprechung hat stattgefunden. Es ist somit am 1. Februar nach dieser Mühe gelungen, ein Kompromiß zu schließen.
Dieses Kompromiß bringt den Arbeitern zwar nicht die Erfüllung ihrer Forderungen, dagegen werden sie am Bergbau beteiligt, was die Einziehung der Beiträge in sich schließt. Erzielte Gewinne kommen auch an sie mit zur Verteilung. Sie erhalten die durch das Jackson-Abkommen festgesetzten Löhne bis zum 31. August 1930. Vom 1. Januar 1927 an können sie eine Minderung der Löhne beantragen. Erfolgt keine freiwillige Verständigung, ist eine aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern bestehende Kommission berechtigt, auf Grund der wirtschaftlichen Ergebnisse einen gültigen Schiedsspruch zu fällen. Die Differenzen, die die gesetzlichen Fragen, die Zusammenarbeit und die Leistungen betreffen, sollen von einem besonders für diesen Zweck errichteten Ausschuss behandelt werden.
Die Arbeiter haben diesem Abkommen mit 698 gegen 2 Stimmen zugestimmt. Annehmend hat man bei diesem Abkommen die gesetzliche Regelung, nach der sich die Löhne nach den erzielten Ergebnissen richten, im Auge gehabt. Jedoch ist man insoweit darüber hinausgegangen, indem man der Arbeiterchaft Einfluß auf die betrieblichen Vorgänge einräumt, indem man sie als Mitbestimmer ansieht.
(Anmerkung d. Red.: Aus den kurzen Angaben geht nicht klar hervor, ob es sich bei dieser Regelung nur um eine Gewinnbeteiligung, oder tatsächlich um die Übertragung des Eigentumsrechts handelt. Wir müssen also erst genauere Berichte abwarten, ehe wir uns dazu äußern. In jedem Fall erscheint uns aber eine solche — rein kapitalistische — Lösung sehr bedenklich.)

Der deutschnationale Arbeitsnachweis. Erpresserische Ausnutzung der Arbeitslosennot.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben des Arbeitsnachweises der Deutschnationalen Volkspartei, das auch wir bereits früher veröffentlicht haben. In diesem Rundschreiben erbietet man sich „national zuverlässige Arbeitskräfte“ zu beschaffen und renommiert, daß frühere „rote Hochburgen“ durch diesen deutschnationalen Arbeitsnachweis heute bis

zur Hälfte „aus nationaler Arbeitsnachweishaltung“ bestehen. Das „Berliner Tageblatt“ weist darauf hin, daß man bisher vergebens versucht habe, das Treiben dieses deutschnationalen Arbeitsnachweises zu unterbinden, da der Arbeitsnachweis schon vor Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes bestanden habe.
Nun weist das „Berliner Tageblatt“ auch darauf hin, daß nach § 40 Abs. 3 des Arbeitsnachweisgesetzes die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Vereinigung dem Arbeitsnachweis verboten ist. Das ist richtig. Es wird aber nicht leicht sein, den Nachweis zu erbringen, daß auf dem deutschnationalen Arbeitsnachweis derart verfahren wird. Jedenfalls wird es den behördlichen Stellen nicht leicht sein, diesen Nachweis zu liefern.

Wir glauben aber trotzdem, daß auf Grund des § 40 Abs. 3 des Arbeitsnachweisgesetzes ein derartiger Nachweis durch die Gewerkschaftsorganisationen zu erbringen sein würde. Es ist mehr als unwahrscheinlich, daß der deutschnationale Arbeitsnachweis einem beliebigen Arbeitslosen, der sich dort vorstellt, auch wenn er versichert, „national“ zu sein, Arbeit verschafft.
Wir bestreiten selbstverständlich den Deutschnationalen nicht das Recht, für ihre Anschauungen auch unter den Arbeitern Propaganda zu machen. Etwas anderes aber ist es, wenn unter Ausnutzung der Notlage der Arbeitslosen und unter Benützung der wirtschaftlichen Machtmittel der Unternehmer ein politischer und nicht zu allererst auch ein wirtschaftlicher Druck ausgeübt wird. Das ist die schlimmste Erpressung, die man sich denken kann. Es wäre die höchste Zeit, wenn diesem gemeingefährlichen Treiben ein Ende gemacht würde.

Um den Reichstarif in der Maßschneiderei. Der Schiedsspruch von Leipzig.

Vom 15. bis 20. Februar fanden in Leipzig die Verhandlungen statt über die Anträge der Vertragsparteien zur Abänderung des Reichstarifs in der Maßschneiderei. Die Unternehmer hatten beantragt: 15 Proz. Lohnabbau in der Damenschneiderei, 10 Proz. in der Herrenmaßschneiderei, Herabsetzung des Heimarbeiterszulags von 10 auf 5 Proz. sowie Verlegung von 100 Städten in niedrigere Städtegruppen. Außerdem sollten verschiedene soziale Bestimmungen des Mantelstarifs abgebaut werden. Die Maßschneider dagegen hatten eine 10prozentige Lohnherabsetzung sowie die Herabsetzung von vierzig Städten in höhere Städtegruppen verlangt.
Die Unternehmer begründeten ihre Verschlechterungsanträge wie üblich mit der schlechten wirtschaftlichen Lage. Nachdem die ganze Woche über die Städtegruppierung und nur kurz über die Lohnhöhe verhandelt worden war, zog sich am 20. Februar die Inparteilichen zur Beratung zurück. Am 21. Februar wurde dann ein Schiedsspruch verkündet, nach dem mit Ausnahme von 40 Städten, die in eine niedrigere Städtegruppe eingruppiert werden, alle sozialen Bestimmungen des Mantelstarifs und auch die Löhne wie bisher bestehen bleiben. Das Lohnabkommen und der Mantelvertrag laufen mit der üblichen Kündigungsfrist weiter. Die Erklärungsfrist ist bis zum 9. März mittags 12 Uhr festgesetzt.

Die Berliner Maßschneider nahmen am Freitag in einer überfüllten Versammlung in den Arminhallen zu dem Schiedsspruch Stellung. Der Branchenleiter Faustmann, der den Bericht gab, teilte mit, daß sich die Unternehmer in Leipzig darauf berufen hätten, daß viele Schneider gar nicht mehr zu den Tariflöhnen, sondern unter Tarif arbeiten. Er erwähnte die Verammelten, in den Betrieben darauf zu achten, daß die Tarifverträge auch dort eingehalten werden, wo die Betriebsinhaber nicht dem Arbeitgeberverband angehören.
Nach einer kurzen Diskussion und dem Schlusswort des Genossen Faustmann, der die Maßschneider zur regsten Agitationsfähigkeit für die Organisation ermahnte, damit die nächsten Angriffe der Unternehmer ebenso abgelehnt werden können, stimmte die Versammlung dem Schiedsspruch zu. Eine Versammlung am 16. März wird im Falle der Ablehnung des Schiedspruchs durch die Unternehmer erneut zu der Situation Stellung nehmen.

Um die Arbeitszeit der Gasarbeiter.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat zu dem ihm zur Begutachtung vorliegenden Entwurf einer Verordnung zum § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 ein weiteres Gutachten, und zwar über die Arbeitszeitverhältnisse in den Gaswerken fertiggestellt. Der Sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat danach einstimmig beschlossen, die Unterstellung derjenigen Arbeitergruppen der Gasanstalten unter die besonderen Schutzbestimmungen des § 7 zu befürworten, die in der Regelungsvorlage hierfür vorgeschlagen sind. Es sind dies in den Gasanstalten die Ofenhausarbeiter (Retortenarbeiter, Abfahler der Generatoren, Parlagenarbeiter, Retortenausschleifer). Nach den Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung kann bei diesen Arbeitern von der normalen Achtstundentage nur dann abgesehen werden, wenn dringende Gründe des Gemeinwohls sie erforderlich machen oder wenn sie sich in langjähriger Übung als unbedenklich erwiesen haben und eine halbe Stunde nicht übersteigen. Der Ausschuss nahm weiter einstimmig eine Entschließung an, die den Reichsarbeitsminister ersucht, bei Aufnahme von Arbeitern der Gaswerke in das Verzeichnis zu § 7 der Arbeitszeitverordnung zeitlich begrenzte Maßnahmen für kleine Gaswerke vorzusehen, unter der Voraussetzung, daß diese Werke unter den gegebenen wirtschaftlichen Ver-

hältnissen nicht in der Lage sind, bei der Unterstellung unter den § 7 wirtschaftlich zu arbeiten und daß die Gasversorgung durch Großbetriebe im gegebenen Falle nicht oder kurzzeitig noch nicht durchführbar ist.

Der dem Sozialpolitischen Ausschuss gleichfalls vorgelegte Bericht des Arbeitsausschusses über die Arbeitszeitverhältnisse in den Dampfesselbetrieben wurde in erneuter Beratung an den Arbeitsausschuss zurückgewiesen.

Kündigung des Lohntarifes für die Rheinschiffahrt.

Köln, 27. Februar. (R.F.) Der Arbeitgeberverband für die Rheinschiffahrt e. B. Duisburg und der gleichartige Verband in Mannheim haben beschlossen, den Lohntarif zum 15. März 1926 und den Manteltarif zum 31. März 1926 für die Rheinschiffahrt zu kündigen. Die Verbände gehen nach einer Blättermeldung davon aus, daß schon vor der Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche bei einem sehr wesentlichen Teil der auf den Rheinfähren und Rheindampfern Beschäftigten durchaus die Neigung vorhanden war, mit Rücksicht auf die Lage der Rheinschiffahrt und deren völlige Ertragslosigkeit zu ermäßigten Preisen zu arbeiten! (Die Unternehmer möchten ja gern hohe Löhne zahlen, nur die Arbeiter wollen nicht.)

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Aus der Partei.

Sitzung der Exekutive der S.A.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale wird ihre nächste Tagung in Zürich am 11. und 12. April abhalten. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Vorbereitung der Auswanderungskonferenz, die von der S.A.I. gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund für den 18. Mai nach London einberufen wurde, sodann eine Reihe politischer Fragen, unter ihnen die Stellungnahme zur Abbrückungskonferenz und den politischen Verfolgungen in den Ländern der Reaktion, vor allem in Italien und Bulgarien; die weiteren Aktionen für die Ratifikation der Konvention von Washington über den Achtstundentag.

Unter den organisatorischen Fragen wird auch die des Pressebüros und die vom Pariser Kongress in Aussicht genommene Organisation eines besonderen sozialistischen Frauenkomitees behandelt werden.
Der Sitzung der Exekutive wird am 10. April eine Sitzung des Bureau der S.A.I. vorausgehen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 24. Wk. Die Parteiführer werden gebeten, die Sonderzeitung zur Dienstleistungsbeschäftigung bei Schmidt, Rommelfeuer Str. 24, die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Ober-Gebührensfeier am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Röllinger Platz.
- 25. Wk. Die Parteiführer werden gebeten, die Sonderzeitung beim Abteilungsleiter in Empfang zu nehmen.
- 26. Wk. Baumhäusern. Sonntag, den 28. Februar, pünktlich nachmittags 1/2 Uhr, Treffpunkt aller Genossinnen und Genossen am Bahnhof Baumhäusern zum Abmarsch zur Ober-Gebührensfeier auf der Treptower Seelwiese. Keinfache Beteiligung unbedingt erforderlich.

Theater der Woche.

Vom 28. Februar bis 8. März 1926.

- Kallabühne: 24. 6. Sturmflut. 1. 5. 7. Jubel. 2. Heide. 3. Der weite und weite. 4. Der weite. 5. Opernhaus: 24. Frau ohne Schatten. 1. Mignon. 2. Der ferne Klang. 3. Nisletin. 4. 7. Boris Godunow. 5. Schiller-Theater: 24. 6. Mignon. 7. Mignon. 8. Mignon. 9. Mignon. 10. Mignon. 11. Mignon. 12. Mignon. 13. Mignon. 14. Mignon. 15. Mignon. 16. Mignon. 17. Mignon. 18. Mignon. 19. Mignon. 20. Mignon. 21. Mignon. 22. Mignon. 23. Mignon. 24. Mignon. 25. Mignon. 26. Mignon. 27. Mignon. 28. Mignon. 29. Mignon. 30. Mignon. 31. Mignon. 32. Mignon. 33. Mignon. 34. Mignon. 35. Mignon. 36. Mignon. 37. Mignon. 38. Mignon. 39. Mignon. 40. Mignon. 41. Mignon. 42. Mignon. 43. Mignon. 44. Mignon. 45. Mignon. 46. Mignon. 47. Mignon. 48. Mignon. 49. Mignon. 50. Mignon. 51. Mignon. 52. Mignon. 53. Mignon. 54. Mignon. 55. Mignon. 56. Mignon. 57. Mignon. 58. Mignon. 59. Mignon. 60. Mignon. 61. Mignon. 62. Mignon. 63. Mignon. 64. Mignon. 65. Mignon. 66. Mignon. 67. Mignon. 68. Mignon. 69. Mignon. 70. Mignon. 71. Mignon. 72. Mignon. 73. Mignon. 74. Mignon. 75. Mignon. 76. Mignon. 77. Mignon. 78. Mignon. 79. Mignon. 80. Mignon. 81. Mignon. 82. Mignon. 83. Mignon. 84. Mignon. 85. Mignon. 86. Mignon. 87. Mignon. 88. Mignon. 89. Mignon. 90. Mignon. 91. Mignon. 92. Mignon. 93. Mignon. 94. Mignon. 95. Mignon. 96. Mignon. 97. Mignon. 98. Mignon. 99. Mignon. 100. Mignon.

Im Einkauf liegt der erste Schritt zum Erfolg:

Gewaltige Mengen
hochwertiger Orienttabake
beziehen wir für unsere
5 & OBERST 5 &
ohne jede Zwischenkosten unmittelbar
aus dem Ursprungsland.

OBERST 5 &

Waldorf-Astoria Cigarettenfabrik A.-G.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N24, Elsäßer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Plätzburg 9821

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulantem Zahlungsbedingungen.

Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

HUNDE

Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neues Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Zu Eberts Todestag finden Sie eine große Auswahl von

Ebert-Bildern

in allen Größen, ebenso Plaketten, Postkarten in der
Sortimentsbuchh. J. H. W. Dietz Nachfl.
(frühere Vorwärts-Buchh.) SW 68, Lindenstr. 2

Arterienverkalkung!

Mit bestem Erfolg nehmen Sie
Apotheker Schuh's Cordol

Wirkt herztäglich appetitanregend und blutreinigend
zu einer Kur sind 6-8 Flaschen erforderlich.

Fordern Sie Apotheker Schuh's Präparate in den Apotheken, wo nicht zu haben,
weisen Generaldepot C. Schmittner, Wilmersdorf, Babelsberger Str. 7. Tel. Plätz-
burg 4074 u. 3896, Bezugsverlei, nach. Herstell.: Apoth. Schuh, Köln, Moselstr. 53
Man verleihe den Ratgeber für Kranke.

Der gute Kapitän- Kaufabak

ist in den meisten Learen-
geschäften erhältlich

C. Böcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861